

Für ein friedliches, nachhaltiges und bürgernahes Europa

–

Fraktionsbeschluss der GRÜNEN Fraktion im Landtag NRW

Die Europäische Union (EU) ist für uns verknüpft mit dem Gedanken an Freiheit und Vielfalt, Frieden und Demokratie. Sie hat geholfen, jahrhundertealte Gegensätze und Konflikte zu überwinden und einen geschichtlich einmaligen Frieden zu schaffen. Dafür hat sie zu Recht im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis erhalten.

Nordrhein-Westfalen (NRW) profitiert besonders von den Vorteilen der europäischen Vereinigung in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Hier begann mit der Montanunion, mit der gemeinschaftlichen Kontrolle und Verwaltung von Kohle und Stahl, die Einigung Europas. Durch unsere geographische Lage, durch unsere Nähe zu vielen europäischen Staaten, liegen wir im Herzen Europas. Wir in NRW brauchen die Europäische Union, denn Nordrhein-Westfalen kann in einer globalisierten Welt seine Interessen nur wirksam wahrnehmen, wenn Europa geeint ist und nicht zerfällt.

Leitbild ist für uns eine starke Region NRW in einem demokratischen, transparenten, handlungsfähigen, stabilen und – ökonomisch, ökologisch und sozial – nachhaltigen Europa. Nachhaltigkeit ist für uns das Grundprinzip in jedem Bereich der Politik. Geschlechtergerechtigkeit und die Anerkennung der Vielfalt in der Bevölkerung sind für uns eine gesellschaftliche Grundbedingung.

In diesem Sinne pflegen wir schon seit Jahren gute Beziehungen mit unseren Nachbarn. Die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg wollen wir weiter intensiv pflegen, vor allem mit Belgien, den Niederlanden, Luxemburg sowie mit Frankreich und Polen.

Die europäischen Staaten müssen gemeinsam einen Beitrag für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung nach innen und außen leisten. Dazu gehört eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die sich für eine friedliche Zusammenarbeit in der Welt einsetzt und eine Blockbildung wie zu Zeiten des Kalten Kriegs verhindert.

Die EU muss alles – nichtmilitärische! – tun, um den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zu entschärfen. Das ist das vordringliche Ziel. Die Bürgerinnen und Bürgern in der Ukraine müssen selbst entscheiden können, in was für einem Staat sie leben und von welchen Politikerinnen



und Politikern sie regiert werden wollen. Die anstehenden Wahlen müssen zu einem Erfolg für die Demokratie werden.

Die Regierung in Kiew und viele Behörden werden künftig in Zeiten des Friedens Beratung bei wichtigen Reformen benötigen: der Reform der Justiz, der Korruptionsbekämpfung, der Garantie von Minderheitenrechten, einem Sprachengesetz, das die Zweisprachigkeit verwirklicht. NRW kann dabei sicherlich einen Beitrag leisten.

Tausende Städtepartnerschaften gibt es in Europa. Städtepartnerschaften sind, wo sie lebendig sind, Bindeglied zwischen Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Länder. Von Anfang an hatten diese Städtepartnerschaften einen politischen Charakter und bis heute tragen sie zum Zusammenwachsen Europas und zur Völkerverständigung bei.

Durch Aufenthalte von Bundestags- und Europaabgeordneten in der Ukraine wissen wir von Interesse an Kontakten zu Kommunen in Deutschland zwecks Auslotung von neuen Städtepartnerschaften. Vor diesem Hintergrund rufen wir die Städte und Gemeinden in NRW auf, sich mittel- und langfristige für neue Städtepartnerschaften in der Ukraine zu öffnen. Damit kann der Reformprozess in der Ukraine sichtbar unterstützt werden.

Darüber hinaus müssen die Beziehungen zu allen Nachbarstaaten, die nicht der EU angehören, von einem partnerschaftlichen Austausch und zu beiderseitigem Nutzen geprägt sein.

Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union

Europa beginnt nicht erst in Brüssel, es entsteht vor Ort: in den Kommunen und in den Regionen. Hier müssen wir gemeinsam den Funken eines friedlichen und nachhaltigen Europagedankens zünden und vor dem Erlöschen bewahren. Dafür müssen wir das Vertrauen aller Bürgerinnen und Bürger in das Gemeinschaftsprojekt Europa erhalten. Neben einer europapolitischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gehört für uns dazu, dass wir in allen wichtigen Belangen alle Akteurinnen und Akteure aktiv einbinden. Nicht die Politik muss mit der Politik vernetzt sein, Politik muss vor allem mit ihren Bürgerinnen und Bürgern vernetzt sein.

Vor Ort in NRW organisieren die Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben im Alltag und treffen Maßnahmen für ihre Daseinsvorsorge, also beispielsweise Wasserversorgung oder Abfallentsorgung. Dafür gibt es viele Fördermöglichkeiten der EU und auch gemeinsame Rechtsnormen. Wir wollen, dass in der Europäischen Union den Kommunen künftig mehr Beachtung geschenkt und ihre Selbstverwaltung gestärkt wird.

Entscheidungen sollen möglichst bürgernah fallen. Nicht alles muss von der EU entschieden werden, vieles kann vor Ort besser entschieden werden. Deshalb treten wir für die Subsidiarität ein. „Mehr Europa“, das heißt für uns, die EU stärker machen, wo gemeinsames Handeln notwendig und sinnvoll ist. Es bedeutet nicht, dass wir möglichst viele Entscheidungen auf die europäische Ebene verlagern wollen. Eine zentralistische EU, die bis ins Kleinste vorschreibt, was andere tun oder lassen sollen, untergräbt die Entscheidungsspielräume der demokratisch legitimierten Räte und Parlamente, auch auf kommunaler Ebene. Vieles kann besser vor Ort, näher an den Bürgerinnen und Bürgern entschieden werden. Nichts anderes besagt das Prinzip der Subsidiarität, dem auch die EU verpflichtet ist. Deshalb wollen wir das Prinzip der Subsidiarität

und der Subsidiaritätskontrolle durch bessere Vernetzung mit anderen Bundesländern und den Kommunen stärken.

Die Lebensqualität in den Regionen hängt maßgeblich davon ab, dass qualitativ hochwertige und bezahlbare öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stehen: Zum Beispiel eine gute Wasserversorgung, Abfallentsorgung, ein leistungsfähiger Personennahverkehr, soziale oder kulturelle Angebote, Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungseinrichtungen. Um dies gewährleisten zu können, brauchen insbesondere die Kommunen Gestaltungs- und Organisationsspielraum, den das Grundgesetz garantiert und dessen Achtung im Vertrag von Lissabon verankert ist. Die Vergabe öffentlicher Aufträge oder die interkommunale Zusammenarbeit darf nicht durch EU-Wettbewerbsrecht zur Privatisierungsfalle werden. Auch die Besteuerung interkommunaler Zusammenarbeit lehnen wir ab; diese Zusammenarbeit ist eine rein organisatorische Angelegenheit der beteiligten Kommunen.

Die Verantwortung für die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs soll bei den Städten und Kommunen verbleiben. Einheitliche Vorgaben für die Erstellung und Veröffentlichung von Nahverkehrsplänen oder die Erschwerung der Auftragsvergabe an kommunale Betriebe ist nicht mehr als eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Juristinnen und Juristen. Europa sollte sich an dieser Stelle raushalten.

Gegen den drohenden Privatisierungsdruck im Wasserbereich stand ein breites Bündnis aus Kommunen im engen Schulterschluss mit grünen Abgeordneten aus Landtagen, Bundestag und Europäischem Parlament. Unterstützt von der erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ ist es schließlich gelungen, die EU-Kommission zum Einlenken zu bewegen. Dieser Erfolg darf nicht durch die Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) gefährdet werden. Auch dieses Abkommen muss die kommunale Organisationshoheit respektieren und darf begründete Ausnahmeregelungen für öffentliche Versorgungseinrichtungen nicht gefährden oder den Druck erhöhen, den öffentlichen Dienstleistungssektor zu liberalisieren.

Um Europa zu erleben und zu verstehen, sind persönliche Begegnungen und der direkte Austausch über nationale Grenzen hinweg auf allen Ebenen elementar. Aktive Städtepartnerschaften, in denen sich die Zivilgesellschaft engagiert, Jugendaustausch, kommunale bzw. regionale Netzwerke und grenzüberschreitende Europaregionen bilden den Humus, auf dem eine aktive europäische Bürgerschaft entstehen und sich vernetzen kann. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ausgebaut wird, das all diese Aktivitäten fördert. Durch ein „Europäisches Jahr für alle“ könnte die Zivilgesellschaft in der EU zusätzlich gestärkt werden. Es sollte für Freiwillige jeden Alters offen sein, von zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen und mit öffentlichen Mitteln grundfinanziert werden. Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine Kultur der Kooperation zwischen Gebietskörperschaften ein. Der Blick über den kommunalen, regionalen oder nationalen Tellerrand hinaus muss in Europa zur Normalität werden.

Wirtschafts- und Finanzkrise für stärkere europäische Integration nutzen

Gerade die Erfahrungen mit der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise zeigen uns, dass wir mehr Europa brauchen und dass nationale Eigensucht und Alleingänge keinen Platz in einer modernen Welt haben.

Der gemeinsame Euro bringt uns weit mehr Vor- als Nachteile. Er hat sich als stabile und starke Währung bewiesen. Auch hat er in Deutschland zu einem wahren Exportboom geführt. Als Exportland ist NRW auf die Stabilität des Euro angewiesen. Es liegt im Interesse Deutschlands, dass alle Euro-Staaten ein Teil der Währungsunion und der EU bleiben. Ein Ausschluss oder Austritt eines Staates würde immense Probleme mit sich bringen, vor allem für die Staaten, die durch die Krise in wirtschaftliche Probleme geraten sind. Die dann entstehenden Kosten könnten ein Vielfaches der bis jetzt geplanten und geleisteten Hilfspakete betragen. Die Stabilität des Euro und sogar die gesamte europäische Integration wären damit gefährdet. Eine Kettenreaktion mit dem Austritt weiterer Staaten aus der Eurozone wäre die Folge, mit gefährlichen Auswirkungen auf die politische, soziale und wirtschaftliche Situation aller europäischen Staaten. Das muss verhindert werden.

Erst recht in den aktuell schwierigen Zeiten darf sich die EU nicht auf dem erreichten Stand der gemeinsamen Verträge ausruhen. Die europäischen Verträge müssen zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Maßnahmen und Abkommen unterschiedlicher Gruppen von Mitgliedsstaaten müssen ein Teil des gemeinsamen EU-Rechts werden.

Für eine nachhaltige Entwicklung ist ein Abbau der Staatsschulden in allen Mitgliedsstaaten notwendig. Es ist richtig, die dafür zur Verfügung gestellten Gelder an klare Bedingungen zu knüpfen. Sparpolitik allein reicht jedoch nicht aus, um die Krise zu überwinden. Wir benötigen eine europaweite Initiative für ein nachhaltiges Wachstum und eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik.

Eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik ist aber nur ein Aspekt eines vertieften Europas. Unentbehrlich sind auch der Schutz des Lebens und der natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine soziale Sicherung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen. Daher gehören zu einem vertieften Europa eine gemeinsame und ambitionierte Umwelt-, Klima- und Sozialpolitik untrennbar hinzu. Dies darf nicht aus wirtschaftlichen Interessen heraus verhindert werden.

Ein transparentes Europa bedeutet für uns vor allem eine größtmögliche Transparenz in den politischen Prozessen, vor allem bei Verhandlungen zwischen europäischen Regierungen sowie zwischen der EU und anderen Staaten. Transparenz darf jedoch nicht falsch verstanden werden als ein Freibrief für Politik und Wirtschaft die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf Datenschutz zu missachten. Hier sind verlässliche Regelungen notwendig. Auch darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass die Bürger- und Freiheitsrechte aller Menschen gewährleistet und geschützt werden.

Ein grundlegender Bestandteil eines ökologisch wie ökonomisch notwendigen Wandels ist eine stärkere verkehrliche Integration. Europa wird wirtschaftlich eins, dann muss sich dies auch endlich in der Verkehrsinfrastruktur widerspiegeln. Wir wollen einen europäisch orientierten Infrastrukturausbau für die umweltfreundlichen Verkehrsträger Bahn und Schiff. Gleichzeitig setzen wir uns für europaweit für Lärmschutz und eine Reduzierung der Schadstoffemissionen ein. So wollen wir eine umwelt- und klimafreundliche Mobilität von Personen und Gütern in und für Europa ermöglichen.

Einen wichtigen Beitrag für ein nachhaltiges Europa bilden auch die EU-Förderprogramme. Die für NRW besonders wichtigen Programme der Strukturfonds, des Forschungsrahmenprogramms und des Programms „Connecting Europe“ sind ein Ausdruck eines Europas für die

Menschen und zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Nicht nur für NRW, sondern für ganz Europa ist es daher wichtig, dass der EU-Haushalt den Aufgaben und Herausforderungen auch in der Zukunft angemessen ausgestaltet wird.

Für ein soziales und gerechtes Europa

Wir wollen Teilhabe, soziale Rechte und Sozialstandards für alle ausbauen. Dazu gehören auch Barrierefreiheit und eine inklusive Gesellschaft. Soziale und arbeitsrechtliche Standards in der öffentlichen Daseinsvorsorge, einschließlich der sozialen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen und gesundheitlichen Dienstleistungen, sowie bei der Wohnraumversorgung sollen Priorität gegenüber dem europäischen Wettbewerbsrecht haben. Für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss gelten: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Ort. Das gilt auch für Erwerbstätige, die in einem anderen Mitgliedsstaat als Entsendete oder Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter arbeiten. Die gerade reformierte Entsende-Richtlinie wollen wir in NRW konsequent umsetzen. Wir setzen uns für eine europäische Rahmenrichtlinie für eine Grundsicherung ein, die grundlegende Prinzipien europäisch festschreibt.

Die europäische Grundrechtecharta fordert zu Recht einen allgemeinen Zugang aller Menschen zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung. Auch in diesem Bereich dürfen die Anstrengungen zur Bewältigung der Finanzkrise in den Mitgliedsstaaten nicht dazu führen, dass insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen der Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung eingeschränkt oder gar verwehrt wird. Deshalb wollen wir die gesundheitliche Daseinsvorsorge in allen Mitgliedsstaaten stärken. Unser Ziel ist es, ein selbstbestimmtes und aktives Leben zu ermöglichen. Dafür benötigen wir in Europa mehr Austausch zur Pflegepolitik, bei dem auch Themen wie neue Wohn- und Pflegeformen, Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, Entlastung der familiären Pflege sowie Fachkräftebedarf in den Mittelpunkt gerückt werden.

Freizügigkeit in Europa garantieren

Wir stehen für das uneingeschränkte Grundrecht auf Freizügigkeit – für alle Bürgerinnen und Bürger der EU. Die Freizügigkeit garantiert ihnen allen das Recht, sich frei in der EU zu bewegen, in einem anderen Mitgliedsstaat Arbeit zu suchen und sich aufzuhalten. Das EU-Recht sichert ein Aufenthaltsrecht ohne Bedingungen von bis zu drei Monaten zu. Wer länger als drei Monate bleibt, muss Arbeit oder ausreichende Ressourcen vorweisen, um bleiben zu dürfen. Dieses Aufenthaltsrecht sichert aber keinerlei Rechte auf Leistungen der Sozialversicherung oder Sozialhilfe zu. Wir finden die populistische Stimmungsmache gegen Bürgerinnen und Bürger aus Rumänien und Bulgarien unerträglich. Das Gerede vom „Sozialtourismus“ oder gar „Betrug“ schafft ein rassistisches Zerrbild, das nicht mit der Realität übereinstimmt.

Wir unterstützen ausdrücklich den Kurs der NRW-Landesregierung, die Diskussion zu versachlichen, sich auf die wesentlichen Aufgaben zu konzentrieren und Lösungsansätze zu erarbeiten, die dazu beitragen, in konkreten Notlagen zu helfen und Diskriminierung entgegen zu wirken.

Deutschland und NRW profitieren von Zuwanderung. Kaum ein Wirtschaftszweig in Deutschland kommt ohne Migrantinnen und Migranten aus. Rund die Hälfte der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien sind qualifizierte Fachkräfte, beispielsweise Ärztinnen und Ärzte, Ingenieurinnen und Ingenieure oder Pflegekräfte.

Wir fordern die Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union auf, Maßnahmen vor Ort umzusetzen, die die Lebensumstände insbesondere der Roma verbessern. Ein von der Europäischen Kommission im Juni 2013 vorgelegter Bericht kam zu dem Ergebnis, dass die nationalen Strategien zur Integration der Roma nicht ausreichend sind. Alle 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben sich seitdem verpflichtet, eine Reihe von Empfehlungen umzusetzen, die von der EU-Kommission vorgeschlagen wurden. Rumänien und Bulgarien müssen ihren Worten Taten folgen lassen und die wirtschaftliche und soziale Integration der Roma beschleunigen. Aber auch die deutsche Bundesregierung muss endlich eine nationale Integrationsstrategie für die Roma vorlegen.

Ein Skandal ist die systematische Verletzung von Menschenrechten an den Außengrenzen der EU. Das Mittelmeer ist zu einer Todeszone für Flüchtlinge geworden. Wir brauchen endlich eine gemeinsame Einwanderungspolitik nach Europa, bei der es einen legalen Weg für Flüchtlinge in die EU gibt, sowie Schutzstandards, die allen Flüchtlingen den Zugang zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren ermöglichen. Mitgliedsstaaten müssen sich der Herausforderung gemeinsam und solidarisch stellen und dürfen die EU-Partner im Süden nicht alleine lassen.

Europa vor einem Rechtsruck bewahren

Diese Europawahl entscheidet auch darüber, ob der Einfluss von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in Europa weiter zunimmt. In vielen Ländern der Europäischen Union treten Parteien mit nationalistischen Tönen an, die mit Forderungen nach dem Austritt aus der EU, der Abschaffung des Euro und der Einschränkung des Freizügigkeitsrechts sowie gegen eine angebliche Bedrohung durch den Islam auf Stimmenfang gehen. Auch in Deutschland versuchen rechtsgerichtete bis rechtsextreme Parteien in das Europäische Parlament zu kommen. Während NPD und Pro NRW mit offen rassistischen und antidemokratischen Forderungen auftreten, versucht die AfD, mit wohlstandschauvinistischen, marktradikalen und teils nationalistischen Positionen ins Europaparlament zu kommen. Gerade vor dem Hintergrund der Gründungsgeschichte der Europäischen Union, die auf der Überwindung des Nationalismus fußt, ist es bedenklich, wenn sich Parteien zur Europawahl aufstellen, die die Europäische Vereinigung rückabwickeln wollen. Diesen Tendenzen werden wir entschieden entgegentreten.

Klimaschutz und Energiewende europäisch denken

Mit gemeinsamen Anstrengungen aller Akteurinnen und Akteure und einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kann eine Klimakatastrophe in Europa und der Welt noch verhindert werden. Ambitionierte Klimaschutz- und Energieziele auf europäischer Ebene, die deutlich über die aktuellen Vorschläge der Kommission für das Jahr 2030 hinausgehen müssen, geben Klimaschutz und Energiewende einen Rahmen, schaffen Planungssicherheit für Unternehmen, zeigen den europäischen Beitrag zur internationalen Klimapolitik und schützen damit Klima und Umwelt. Grenzüberschreitende Ansätze können dabei einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten.

Mit einem europaweiten Ausbau der Erneuerbaren Energien, dem Ausbau des Höchstspannungsnetzes und der Deckung des Strombedarfs auch über Landesgrenzen hinweg kann die Energiewende europäisch gelingen. Wir wollen die Erzeugungspotenziale in Europa vernetzen und dabei Maß und Mitte halten zwischen zentralen und dezentralen Strukturen. Wir wollen

Strom-, Wärme- und Gasnetze sowie Speicherlösungen, die der Energiewende dienen und dabei helfen, die natürlichen Schwankungen der Erneuerbaren Energien auszugleichen. Dieses Prinzip muss Leitschnur für die Auswahl der transeuropäischen Netzbauprojekte sein. Fracking ist kein verantwortbarer Beitrag einer europäischen Energieversorgung.

Wir treten weiterhin engagiert für den europaweiten Atomausstieg ein. Das ist für uns in NRW umso wichtiger, weil wir von Schrottmeilern umgeben sind. Dazu gehören Tihange in Belgien und Borssele in den Niederlanden. Beide existieren seit bereits mehr als 30 Jahren und zählen damit zu den Ältesten in Europa. Das Störfallrisiko dieser Anlagen wächst und wächst. Deshalb brauchen wir einen gesamteuropäischen Ausstieg, um endlich diese Gefahr für NRW zu beenden.

Freiheit und Datenschutz in Europa sichern und stärken

Unser Europa ist auch ein Europa der Freiheit und der Bürgerrechte. Jüngst hat der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil zur Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung gezeigt, dass Freiheitsrechte auch im digitalen Zeitalter verteidigt werden. Im Land und in Europa kämpfen wir gegen die lücken- und anlasslose Überwachung unserer Kommunikation. Wir haben gemeinsam mit einer großen zivilgesellschaftlichen Bewegung die Privatisierung der Rechtsdurchsetzung im Netz durch das ACTA-Abkommen verhindert. Wir waren es, die im Land wie in Europa zur europäischen Datenschutzgrundverordnung stehen, und diesen Quantensprung für den Schutz der Privatsphäre gegen die Datenkraken der digitalen Welt gerade auch gegen die deutsche Bundesregierung verteidigen.

Gentechnikfreies NRW und Europa

Gentechnik gefährdet Natur und Artenvielfalt. Deswegen wollen wir keinen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in NRW oder anderswo in Europa, weil die Risiken viel zu groß sind. Sie zwingt unsere Landwirtinnen und Landwirte in die Abhängigkeit von Saatgutherstellerinnen und Saatgutherstellern und sie gefährdet unsere Gesundheit. Wir setzen uns weiter vor Ort und in Europa dafür ein, gesunde Lebensmittel auf den Teller zu bringen und diese klar zu kennzeichnen, damit nachhaltig erzeugte Lebensmittel für die Verbraucherinnen und Verbraucher erkennbar werden.

Europa über den Tag hinaus

Die Erfolgsgeschichte der EU beruht auf Lehren, die weitsichtige Politikerinnen und Politiker aus der Geschichte des Kontinents nach zwei Weltkriegen gezogen hatten, nach dem Nationalsozialismus, dem Holocaust und der Teilung des Kontinents.

Frieden, Freiheit und Demokratie lassen sich besser gewährleisten, wenn nicht nationale Interessen verfolgt werden, sondern Nationalismen überwunden und staatenübergreifend gemeinsame Interessen formuliert und verfolgt werden.

Die europäische Integration ist eine beispiellose Geschichte eines dauerhaften Friedens, des Überwindens von Grenzen und eines immer engeren Zusammenwachsens von Staaten und Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tritt für diese Werte weiterhin ein und verpflichtet sich der Losung:

„Das vereinte Europa ist unsere gemeinsame Zukunft“

(Auszug aus der Monschauer Erklärung der Städteregion Aachen und ihrer europäischen Partnerstädte 1993/2013)